

Wie viele Gedenktage für die Nation?

Die Vorschläge der Kaspi-Kommission sorgen für Polemik

Ortwin Ziemer*



Die Vorschläge der vor mehr als einem Jahr vom Staatssekretariat für Kriegsveteranen eingesetzten Kaspi-Kommission, die sich mit den nationalen Gedenktagen in Frankreich befasst hat, haben zahlreiche Reaktionen hervorgerufen: Wie viel Erinnerung braucht die Nation?

Nicht alles ist nur eine Frage des Stils, weder in der Politik noch beim kollektiven Bewusstsein und der historischen Erinnerungskultur eines Volkes. Jacques Chirac hatte noch während seiner ersten Amtszeit ab 1999 begonnen, eine Reihe neuer nationaler Gedenktage in den Kalender des politischen Jahres in Frankreich einzufügen und weitere, den nationalen Umgang mit der Vergangenheit betreffende Gesetze verabschieden zu lassen. Zu dem bisher wichtigsten, bereits vor Chiracs Einzug in den Elysée-Palast 1990 verabschiedeten Gesetz, das jegliche religiös, rassistisch oder ethnisch bedingte Diskriminierung untersagte und vor allem die Leugnung des Holocausts unter Strafe stellte, kamen nach Chiracs Amtsantritt andere Gesetzestexte hinzu. Sie gehören zwar nicht alle in den Rahmen der strikt nationalen Vergangenheitsbewältigung, sorgten aber nichtsdestoweniger aber für erregte Debatten.

Als erstes ist zum Beispiel die offizielle französische Anerkennung des Völkermords an den Armeniern zwischen 1915 und 1917 im Osmanischen Reich vom 29. Januar 2001 zu nennen, die zu andauernden Verstimmungen zwischen Paris und Ankara geführt hat. Ebenso die von der Abgeordneten Christiane Taubira-Delannon initiierte offizielle Anerkennung von Sklaverei und Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Jahr 2001. Und schließlich die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen um den 10. Mai

als offiziellem Gedenktag an die Sklaverei in den ehemaligen französischen Kolonien und heutigen Überseegebieten, wo es bereits lokal verschiedene Gedenkdaten je nach Inkrafttreten der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1848 gibt. Bei dieser Diskussion zeigte sich bereits im Ansatz die Thematik der später unter der Präsidentschaft Nicolas Sarkozys in weit größerem Ausmaß fortgesetzten Debatte.

Kein Gang nach Canossa

Nicolas Sarkozy machte die Ablehnung eines ständigen erinnerungspolitischen Ganges nach Canossa zu einem Nebenschauplatz des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 und erklärte sinngemäß, er habe es satt, sich ständig dafür zu entschuldigen, Franzose zu sein. Auch hier blieb Sarkozy seiner Devise treu, nicht nur mit den äußeren Gepflogenheiten, sondern auch mit vielen politischen Inhalten seines Amtsvorgängers nicht nur zu brechen, sondern gründlich abrechnen zu wollen. In diesem Sinn hat nun Mitte November 2008 einer der führenden französischen Amerikaspezialisten, der emeritierte Pariser Geschichtsspezialist André Kaspi, dem Staatssekretär für Kriegsveteranen, Jean-Marie Bockel, ein Memorandum vorgelegt, das noch vor seinem offiziellen Erscheinen eine heftige Polemik ausgelöst.

* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent auf La Réunion und unterrichtet dort in französischen Europa- und AbiBac-Klassen Geografie, Geschichte, Deutsch, Gemeinschafts- und Landeskunde.

Gedenken heißt einen

Ursprünglich hatte die Kommission schlicht den Auftrag erhalten, den Sinn des Wortes „Gedenken“ klarzustellen und damit die Erinnerungspolitik des französischen Staates neu zu definieren. In den offiziellen Arbeitsanweisungen des Gremiums hieß es ausdrücklich, bei den Überlegungen und Vorschlägen nie aus den Augen zu verlieren, dass die Erinnerungsveranstaltungen, gleich aus welchem Anlass, zu allererst das Ziel hätten, die Nation zu einen und nicht etwa zu spalten. „Gedenken“ bedeute, so die Kommission auf der Pressekonzferenz unmittelbar nach der ersten Arbeitssitzung bereits am 13. Dezember 2007, „sich gemeinsam zu erinnern“, was heißen müsse, sich in möglichst genauer Kenntnis der historischen Fakten letztlich eine eigene Meinung zu bilden, daraus aber auch für alle verbindliche Konsequenzen zu ziehen, um gewissen tragischen Fehlern der Vergangenheit Rechnung zu tragen.

Die Richtlinien für die Arbeit der Kaspi-Kommission gaben weiter zu bedenken, dass sich der Kontext der Erinnerungspolitik in Frankreich wie in anderen Ländern in der jüngsten Zeit deutlich verändert hat, woran man sich anpassen müsse: So hatte die immer geringere Zahl noch überlebender Augenzeugen, namentlich der beiden Weltkriege, bereits dazu geführt, dass die Gedenkfeiern zum Waffenstillstand von 1918 am 11. November 2008 erstmals ohne die Anwesenheit von überlebenden Soldaten stattfinden mussten. Berücksichtigt werden sollten ferner die zunehmende Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft und deren Besonderheiten und Herausforderungen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit der Einbeziehung der europäischen Dimension. Das Bemühen um die Konfrontation und Annäherung der nationalen Sichtweisen der Vergangenheit vor dem Hintergrund des fortschreitenden europäischen Einigungsprozesses sollten in den Dienst des Bedürfnisses eines Dialogs der Völker und Nationen über die gemeinsame Vergangenheit gestellt werden, die man nicht wechselseitig zu verdrängen, sondern gegenseitig miteinander zu teilen und aufzuarbeiten habe. Konkret sollte die Kommission über Zahl, Form und Inhalt der bestehenden Gedenkveranstaltungen und eine verbesserte, direk-

tere Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der jungen Generationen, die die entsprechenden Ereignisse nur mehr aus Büchern, nicht aber mehr aus der eigenen Erinnerung kennen und daher mit den republikanischen Erinnerungsriten oft nicht viel anzufangen wissen, nachdenken und entsprechende Vorschläge unterbreiten. Soweit die Prämissen.

Dezentralisierte Erinnerung

In seinem Bericht schlägt Kaspi nun fünf Maßnahmen bezüglich der französischen Gedenktage vor: die strikte Begrenzung der nationalen Gedenktage auf drei Anlässe, die bereits den Status gesetzlicher Feiertage haben: den 8. Mai anlässlich des Sieges über die Nazi-Diktatur, den 11. November als Ehrung aller für Frankreich Gefallenen und den 14. Juli als Symbol der Werte der Französischen Revolution. Einen groß angelegten, einzigen Gedenktag nach dem Muster des in den USA am letzten Maimontag begangenen *Memorial Day* soll es allerdings auch nach den Vorstellungen der Kaspi-Kommission nicht geben. Stattdessen sollen die lokalen Gebietskörperschaften bei gewissen lokalen oder regionalen Denktagen eine größere Rolle spielen, anstatt „alles nur vom Staat zu erwarten“. Hier nahm Kaspi wohl erneut die Abschaffung der Sklaverei ins Visier, dürfte mit diesem Vorstoß allerdings kaum mehr als offene Türen einrennen.

Auch die Medien, die Schule und selbst so genannter Erinnerungstourismus werden kunterbunt als Beispiele genannt, wie man neue Formen der Erinnerung „erfinden“ könnte. Bei einer Pressekonzferenz anlässlich der offiziellen Vorstellung seines Berichtes gab Kaspi zur Begründung seiner Vorschläge an, die Tatsache, dass es derzeit in Frankreich insgesamt zwölf auf nationaler Ebene begangene Gedenktage gebe, führe zu einer „Erinnerungs-inflation“, die Gefahr laufe, den Korporatismus und die Gruppenegoismen im Lande zu verstärken und den Eindruck zu erwecken, die französische Nation gefiele sich sinngemäß darin, ständig in Sack und Asche zu gehen, was zur Folge haben könne, das „Nationalbewusstsein zu schwächen“ und nur Unverständnis und zunehmende

Gleichgültigkeit besonders seitens der jungen Generation gegenüber den Gedenkveranstaltungen hervorzurufen. Kaspis verwehrte sich allerdings ausdrücklich gegenüber dem Vorwurf, Gedenktage abschaffen zu wollen.

Die Reaktionen verschiedener Interessenverbände und Lobbies auf Kaspis vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog fielen fast durchweg negativ und ablehnend aus. So warnte beispielsweise Patrick Lozès, Vorsitzender des französischen Interessenverbandes der dunkelhäutigen Bevölkerung, davor, den Eindruck hervorzurufen, gewisse historische Fakten oder Anlässe seien einen nationalen Gedenktag wert und andere nicht, denn dies könne zu einer Art Konkurrenzkampf in Sachen historischer Erinnerungsarbeit führen, der alles andere als zweckdienlich wäre. Es bestünde auf diese Weise die Gefahr einer Spaltung, wenn nicht gar Zersplitterung des kollektiven Bewusstseins. Selbst im Regierungslager meldeten sich zweifelnde Stimmen. So gingen der UMP-Fraktionschef in der Nationalversammlung, Jean-François Copé, und auch Staatssekretär Bockel selbst auf Distanz zu dem Vorschlag Kaspis, gewisse Gedenktage quasi zu dezentralisieren.

Warten auf ein Signal Sarkozys

Seit den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Waffenstillstandes von 1918 in Douaumont bei Verdun hat sich Präsident Sarkozy noch nicht eindeutig zu den Vorschlägen der Kaspis-Kommission geäußert. Die Tatsache, dass er 2008 der Gefallenen der Ersten Weltkrieges nicht am Grabmal des Unbekannten Soldaten am Pariser *Arc de Triomphe*, sondern am Beinhaus zu Douaumont bei Verdun gedachte, wo die sterblichen Überreste von mehr als einem Drittel der über 300 000 Toten dieser mörderischen Schlacht ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, und dass der Hausherr des Elysée-Palastes dazu Vertreter Deutschlands, Großbritanniens und der europäischen Institutionen, namentlich EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Europaparlamentspräsident Hans-Gert Pöttering einlud –

auch wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Staatsbesuch in Polen weilte – deutet darauf hin, dass dem französischen Staatschef tatsächlich daran gelegen ist, in der Erinnerungspolitik einen neuen Ton anzuschlagen und dabei das gemeinsame europäische Schicksal stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Wie weit der französische Präsident in diesem Zusammenhang allerdings wirklich zu gehen bereit ist, scheint im Moment noch unklar. Sarkozy ließ sicherlich bei den Feierlichkeiten in Verdun erkennen, dass er dem noch recht allgemein gehaltenen Vorschlag der Kaspis-Kommission, verstärkt europäische Symbole auch und gerade bei nationalen Gedenktagen zu benutzen, nicht abgeneigt ist.

Nun existiert der EU-weit begangene Europatag am 9. Mai, der an den Schuman-Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 9. Mai 1950 erinnert, natürlich auch in Frankreich, ist aber kein offizieller Feiertag. Manche Oppositionspolitiker, vor allem mehrere sozialistische und kommunistische Europaabgeordnete, haben nun vorgeschlagen, auch und gerade als Symbol der deutsch-französischen Freundschaft und Aussöhnung, den 8. durch den 9. Mai als offiziellen Feiertag zu ersetzen. Dass dies ein hochbrisanter Vorschlag ist, liegt auf der Hand. Das Schweigen im Regierungslager hierzu deutet bereits an, dass ihm wohl keine Zukunft beschieden sein dürfte. Der Kontext seines Zustandekommens vor dem Hintergrund der Polemik um den Kaspis-Bericht macht ihn dennoch zumindest bemerkenswert.

Da sich Sarkozy zu den genauen Vorschlägen der Kaspis-Kommission bislang nicht im Detail geäußert hat, werden seine offizielle Reaktion und die weitere Entwicklung dieses hochsensiblen Themas daher nach wie vor mit Spannung erwartet. Wird es Sarkozy gelingen, die emotionsgeladene Debatte um seine eigene Position zur Aufarbeitung der Vergangenheit, vielleicht gerade mithilfe der Kaspis-Vorschläge, zu beenden? Er hätte somit die Gelegenheit, Klarheit in ein Politikfeld zu bringen, das seit seinem Amtsantritt bislang zu den umstrittensten und widersprüchlichsten gehörte.